



ECKART CONZE
NORBERT FREI
PETER HAYES
MOSHE ZIMMERMANN

DAS AMT UND DIE VERGANGENHEIT

DEUTSCHE DIPLOMATEN
IM DRITTEN REICH UND
IN DER BUNDESREPUBLIK

Unter Mitarbeit von Annette Weinke
und Andrea Wiegeshoff

Pantheon

Wissenschaftliche Mitarbeiter der Kommission

Dr. Jochen Böhler

Dr. Irith Dublon-Knebel

Prof. Dr. Astrid M. Eckert

Prof. Dr. Norman Goda

Prof. Dr. William Gray

Lars Lüdicke M.A.

Prof. Dr. Thomas Maulucci

Prof. Dr. Katrin Paehler

Dr. Jan-Erik Schulte

Daniel Stahl M.A.

Dr. Annette Weinke

Andrea Wiegeshoff M.A.

Endredaktion: Thomas Karlauf

Inhalt

Vorwort zur Pantheon-Ausgabe	ix
---	----

Einleitung	9
-------------------------	---

Erster Teil Die Vergangenheit des Amts

Das Auswärtige Amt und die Errichtung der Diktatur	25
---	----

Traditionen und Strukturen	31
----------------------------------	----

»Unvereinbar mit einer gesunden Außenpolitik«	35
---	----

Erste Maßnahmen gegen Juden	42
-----------------------------------	----

Entlassungen und Neueinstellungen	51
---	----

Selbstgleichschaltung	64
-----------------------------	----

Die Jahre bis zum Krieg	74
--------------------------------------	----

Verfolgung, Emigration, Ausbürgerung	76
--	----

Ribbentrop ad portas	88
----------------------------	----

Diplomatie, Ideologie und Rassenpolitik	99
---	----

Das Haavara-Abkommen	106
----------------------------	-----

Blockbildung gegen Ribbentrop	111
-------------------------------------	-----

SS und Auswärtiges Amt	120
------------------------------	-----

Von Neurath zu Ribbentrop	123
---------------------------------	-----

Wien, München, Prag	133
---------------------------	-----

Alte und neue Diplomaten	138
---------------------------------------	-----

Die Personalstruktur in den Kriegsjahren	142
--	-----

Personalpolitik und interne Netzwerke	153
Mitgliedschaften in Partei, SS und SA	158

Das Auswärtige Amt im Krieg	167
Auswanderung, Ausbürgerung, Abschiebung:	
Die »Lösung der Judenfrage« 1939–1941	171
Das »Unternehmen Barbarossa« und die »Endlösung der Judenfrage«	185
Propaganda und Mitwisserschaft	192
Auf verlorenem Posten: Das Amt in der Sowjetunion	200
Die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Wehrmacht	208
»Sonderkommando Künsberg«	214

Besatzung – Ausplünderung – Holocaust	221
Tschechoslowakei und Polen	222
Frankreich	227
Niederlande und Belgien	237
Dänemark und Norwegen	243
Serbien und Griechenland	252
Ungarn	260
Verbündete und Vasallen	268
»Ausländische Juden« und »Schutzjuden«	287

Spuren der Resistenz, Formen des Widerstands	295
Die zentrale Bedeutung der Informationsabteilung	296
Die Formierung der Opposition 1943/44	301
Der 20. Juli 1944	305
Außenseiter: Fritz Kolbe und Gerhard Feine	309

Zweiter Teil Das Amt und die Vergangenheit

Die Auflösung des alten Dienstes	319
Verhaftungen, Internierungen, Repatriierungen	321
Verhöre in der »Mülltonne«	332
Die Entlastungsfabrik	342
Berufswechsel und Netzwerke	354
Noch einmal gegen Osten	363
Vor Gericht	375
Diplomaten im Visier	380
Prozessverlauf und gespaltenes Urteil	391
Arbeit am Mythos	401
Nürnberger Netzwerke	412
Das Vermächtnis der »Ehemaligen«	421
John McCloy und die Verurteilten aus dem Amt	435
Tradition und Neuanfang	440
Die Alliierten formieren sich	441
Personeller und institutioneller Wiederaufbau	448
Debatten und Prioritäten	466
Untersuchungsausschuss Nr. 47	475
Die Neuen, die Alten und die »Ehemaligen«	489
Personalpolitik	490
Außenseiter und Laufbahnbeamte	511
Der Nachwuchs	518
Wiedergutmachung und Erinnerung	533
Wiedereinstellung als Wiedergutmachung?	538
Verweigerte Wiedergutmachung	547
»Bitte dringend abraten«: Der Fall Fritz Kolbe	551
Zweierlei Widerstand: Der Fall Rudolf von Scheliha	558

Die Vergangenheit als außenpolitische Herausforderung	570
Verhandlungen mit Israel	571
Zeitgeschichtsforschung und DDR-Kampagnen	582
»Braune Internationale«	595
Der Eichmann-Prozess	600
»Hier braut sich ein Skandal zusammen«	615

Neue Diplomatie	621
Internationalisierung und Multilateralisierung	624
Externe Zirkel und Institutionen	634
Loyalität und Gewissen	639
Diplomatischer Stil	647

Wandel, Reform und alte Probleme	651
Personalpolitik unter Brandt	652
Neue Ermittlungen	665
Reformen und Gesetz über den Auswärtigen Dienst	687

Von der »Ungenauigkeit der Schuldzuweisungen« zur Einsetzung der Historikerkommission	694
--	-----

Anhang

Nachwort und Dank	713
Anmerkungen	719
Quellen- und Literaturverzeichnis	807
Verzeichnis der Abkürzungen	862
Amtsbezeichnungen im höheren Auswärtigen Dienst	865
Namenregister	866

Vorwort zur Pantheon-Ausgabe

Vor mehr als einem Jahr erschien die Originalausgabe von »Das Amt und die Vergangenheit«, und bis heute hält die öffentliche Debatte darüber an. Wie ist es zu erklären, dass das Ergebnis einer wissenschaftlichen Kommissionsarbeit auf soviel Interesse, Zustimmung und Widerspruch stößt – weit über den Kreis der Fachleute hinaus? Woher rührt dieses starke Echo, mit dem keiner von uns gerechnet hatte? Welchen Nerv hatten wir getroffen?¹

I.

Der hauptsächliche Grund für die große Resonanz, die unser Buch gefunden hat, liegt vermutlich in der schlagartigen Zerstörung eines allzu lange geschönten (Selbst-)Bildes der deutschen Diplomatie. Immer wieder haben die Kritiker unserer Untersuchung betont, die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an den nationalsozialistischen Verbrechen sei doch schon seit Jahrzehnten bekannt, und das Buch präsentiere daher nichts Neues. Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Zwar konnte, wer wollte, schon seit den Nachkriegsjahren wissen: Der Auswärtige Dienst des Dritten Reiches war für Verfolgung, Krieg und Völkermord mitverantwortlich – und dies mitnichten allein in Gestalt von Partei- und SS-Mitgliedern, die seit 1933 oder seit 1938 neu hinzu gekommen waren, sondern auch aus seinem Kern heraus. Dieser nämlich war, anders als eine in der frühen Nachkriegszeit entfaltete Legende es wollte, keineswegs »gesund« geblieben.²

Aber dieses Wissen war in Deutschland jahrzehntelang alles andere als populär. Schon der Nürnberger Wilhelmstraßenprozess von 1948/49 hatte an der Tatbeteiligung des Auswärtigen Amtes keinen Zweifel gelassen. Doch anders als im Rest der Welt stieß das Urteil der amerikanischen Richter, die nicht als Rächer nach Deutschland gekommen, son-

dern sogar nach Auffassung der Verteidiger Ernst von Weizsäckers ausgesprochen fair aufgetreten waren, in der jungen Bundesrepublik auf eine Mauer der Ablehnung. Man verweigerte sich den Befunden des Gerichts ebenso wie den Erkenntnissen erster wissenschaftlicher Publikationen, die es erlaubt hätten, sich ein realistisches Bild von den Diplomaten und ihren Verbrechen zu machen: so zum Beispiel der 1953 erschienenen Darstellung über die »Endlösung« aus der Feder des englischen Historikers Gerald Reitlinger³ oder der frühen Studie über »The Wilhelmstrasse«, in der Paul Seabury 1954 konstatierte: »Nothing undertaken in Nazi Germany during the war apparently was less ›useful‹ than the extermination of the Jews; a large part was played in this program by the German Foreign Office.«⁴

Beide Bücher lagen seit 1956 auch auf Deutsch vor, und ebenfalls noch in den fünfziger Jahren waren die beklemmenden Dokumentationen von Léon Poliakov und Joseph Wulf erschienen⁵, gefolgt von den Arbeiten von Raul Hilberg (1961, deutsch 1982 [!]),⁶ Christopher Browning (1978, deutsch 2010 [!])⁷ und Hans-Jürgen Döscher (1987),⁸ um nur die wichtigsten zu nennen. Doch aller fortschreitenden Forschung zum Trotz folgte die öffentliche Wahrnehmung in der Bundesrepublik – im Ausland sah die Sache deutlich anders aus – über Jahrzehnte hinweg dem früh stilisierten und immer wieder nachpolierten Selbstbild des Amtes, das sich noch zu Beginn der sozialliberalen Ära mit seiner »starken Beteiligung« am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 gebrüstet hatte⁹ und das 1995, in der Festschrift aus Anlass seines 125jährigen Bestehens, über die Zeit des »Dritten Reiches« nicht mehr viele Worte verlor: Zwar zeige die kleine Zahl aktiver Hitler-Gegner, dass das Amt insgesamt kein »Hort des Widerstandes« gewesen sei. Genauso wenig aber könne es als verlängerter Arm der SS gelten. Die Wahrheit liege wohl »irgendwo in der Mitte«.¹⁰ Es mussten noch weitere 15 Jahre vergehen, ehe Außenminister Guido Westerwelle bei der Entgegennahme unseres Kommissionsberichts erklärte: »Und da liegt sie eben nicht.«¹¹

Doch die hohe Beachtung, die unserem Buch zuteil wurde, ist nicht allein seinem Inhalt geschuldet. Wie schon in der »Nachruf-Affäre«, die in den Jahren 2004 und 2005 den Auslöser für die Einsetzung unserer Historikerkommission durch den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer bildete, geht es offensichtlich nach wie vor um mehr als nur um die strittige Bewertung historischer Vorgänge oder um die

Usancen amtlicher Traditionspflege. Manches spricht dafür, die jetzige Entwicklung als das Ergebnis einer jahrzehntelang eher unterschwellig geführten Kontroverse zu verstehen, deren Ursprünge bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichen und deren frühere Aktualisierungsschübe sich inzwischen als Sedimente des kollektiven Gedächtnisses abgelagert haben.

Grob gesagt, kreisten diese Auseinandersetzungen um die nach dem Ende des Dritten Reiches zunächst weit verbreitete, dann aber effektiv »vergessene« Ansicht, dass sich die traditionellen deutschen Führungsschichten durch ihre Mitwirkung an den Regimeverbrechen schwer kompromittiert und eigentlich auf Dauer delegitimiert hatten. Gegen diese Auffassung, die vor allem die amerikanische Besatzungsmacht vertrat, die aber auch unter den Deutschen ihre Anhänger fand, machten die Betroffenen ebenso rasch wie wirkungsvoll mobil: mit einer systematischen Desavouierung der alliierten Politik der Entnazifizierung, begleitet von ebenso gezielter wie aggressiv vernebelnder Agitation gegen eine angebliche Kollektivschuldthese. Ergebnis dieser Anstrengungen war eine weitgehende Selbstrehabilitierung der alten Funktionseliten. Diese wiederum resultierte in einem moralisch anspruchslosen Umgang mit der NS-Vergangenheit, an dem sich seit den späten fünfziger und dann vor allem in den sechziger Jahren die Kritik der nachwachsenden Generationen entzündete. Gerade weil diese Kritik aber langfristig so ungemein erfolgreich war, lenkte sie in gewisser Weise davon ab, dass sich unterhalb eines sich zusehends entfaltenden kritischen Geschichtsbewusstseins ältere nationalapologetische Restbestände halten konnten.

Der Konflikt schwelte also längst, als die »Nachruf-Affäre« die Auseinandersetzung eskalieren ließ. Die schrillen Töne, die die Änderung der »Nachrufpraxis« und die Einsetzung der Historikerkommission begleiteten, sie erschollen sofort wieder – und das ist in dieser Perspektive wenig verwunderlich –, als die von Joschka Fischer in Auftrag gegebene Studie schließlich vorlag. Nicht wenige, die auf die Historikerkommission losgingen, meinten eigentlich – oder zumindest auch – den »Achtundsechziger« Fischer, dem ein erst vor wenigen Jahren pensionierter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland einen »bolschewistischen Umgang mit abweichenden Meinungen« vorwarf.¹² Sie zielten auf einen Politiker, der in der Unabhängigen Historikerkommission ein Instrument seiner vergangenheitspolitischen Ambitionen gefunden habe. Der

Politikwissenschaftler Christian Hacke sprach gar von »Fischers willigen Helfern« – in bewusster Anspielung auf »Hitlers willige Vollstrecker«, den Titel des kontroversen Buches von Daniel Goldhagen (1996).¹³ Im Jahr 2005, noch in der Amtszeit Fischers, hatte sich Hacke erfolglos darum bemüht, im Auftrag des Auswärtigen Amtes dessen Geschichte in der NS-Zeit und die Frage der personellen Kontinuität nach 1945 untersuchen zu dürfen.

Von der »Fischer-Kommission« sprachen – mit eindeutigem Unterton – wieder und wieder auch viele jener pensionierten Diplomaten, die sich selbst die »Mumien« nennen und deren Reaktionen auf die veränderte »Nachrufpraxis« seinerzeit überhaupt erst zur Einsetzung unserer Kommission geführt hatten. Mit der Scheinlegitimation ihrer vormaligen Zugehörigkeit zu einem Amt, in dem vor Fischers Zeiten alles besser gewesen sei, bliesen sie im Herbst 2010 erneut zu jenem Feldzug, den sie seit Berufung der Kommission führen. Als ihr publizistisches Sprachrohr fungierte und fungiert der Vortragende Legationsrat a.D. Rainer Blasius, bis 2000 Leiter der mit dem Politischen Archiv des AA eng kooperierenden Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik und seitdem Redakteur für das »Politische Buch« bei der FAZ, in deren Leserbriefspalten die Wortmeldungen der Pensionäre ihren Stamplatz haben. Anfangs bezogen sich die dort erhobenen Klagen meist auf biographische Details, die in unserer Darstellung falsch oder tendenziös oder gar nicht abgehandelt worden seien. Aber rasch wurde erkennbar, dass es diesen Kritikern nicht um einzelne Irrtümer oder Fehler ging, von denen frei zu sein unser Buch so wenig beanspruchen kann wie irgendeines auf der Welt. Sie verfolgten vielmehr ein politisches Ziel: Die wissenschaftliche Seriosität unserer Darstellung sollte in Zweifel gezogen, das Buch als wertlos dargestellt werden. Diese Kampagne dauert bis heute an.¹⁴

Zu den Angriffen gegen den »Bericht einer bestellten Historikerkommission« (Johannes Hürter) gehört auch der Vorwurf – zum Teil sogar wider besseres Wissen –, die vier Mitglieder der Kommission hätten »Etikettenschwindel« betrieben, die Öffentlichkeit getäuscht und sich einen Verstoß »gegen die gute wissenschaftliche Praxis« zuschulden kommen lassen.¹⁵ Sie hätten sich als Autoren ausgegeben, wo sie doch bestenfalls Herausgeber seien. Vor dem Hintergrund breiter Diskussionen über Plagiate und andere Formen wissenschaftlichen Fehlverhaltens

(und der berechtigten Entrüstung darüber) ist ein solcher Vorwurf keine Kleinigkeit. Tatsache ist: Wir haben die wissenschaftlichen Mitarbeiter dieses Buches am Anfang nicht nur alle namentlich genannt, sondern am Ende auch genauestens angegeben, wer zu welchen Abschnitten beigetragen hat. Faktisch sind die einzelnen Abschnitte und Kapitel über Jahre hinweg in intensiver Zusammenarbeit entstanden und dann von der Kommission zu einem Gesamttext verarbeitet worden. Kommissionsmitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter sind gemeinsam die Autoren des Buches, das in dieser Form von einem Einzelnen kaum zu schreiben gewesen wäre. Allein die Tatsache, dass über 30 Archive im In- und Ausland konsultiert worden sind, zeigt, wie aufwändig geforscht worden ist.

II.

Die seit dem Erscheinen des Buches geführte Diskussion konzentrierte sich von Anfang an sehr stark auf die Geschichte des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus, auf die Beteiligung des Ministeriums an den Verbrechen des Dritten Reiches und insbesondere auf seine Mitwirkung am Holocaust. Letzteres nimmt im ersten Teil unserer Darstellung in der Tat breiten Raum ein, und diesen Schwerpunkt hatten wir schon früh bewusst gesetzt: Wir fanden es wichtig und sinnvoll, einen Akzent unserer Analyse auf die Beteiligung des Auswärtigen Amtes bei der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden zu legen. Auch für eine Institutionengeschichte ist das eine zentrale Frage, und wer diese Schwerpunktsetzung nun als unzulässige Blickverengung kritisiert, der verkennt die Zentralität des Holocaust in der Geschichte des Dritten Reiches.

Gerade in diesem Kontext ist unser Buch auch Teil und Fortentwicklung eines komplexen deutschen und internationalen Forschungsprozesses, und vor diesem Hintergrund sind seine Befunde und Argumente zu betrachten. Zugleich steht »Das Amt« in der Linie jener jüngeren NS-Forschung, die sich durch vergleichende Perspektiven und interdisziplinäre Ansätze auszeichnet, und nicht zuletzt durch die kritische Infragestellung der Zäsur des Jahres 1945. Wer die Funktionseliten des Dritten Reiches verstehen will – nicht nur die deutschen Diplomaten –, der muss auch ihr Verhalten in der Nachkriegszeit in den Blick nehmen; umgekehrt versteht die Entwicklung nach 1945 nicht, wer sie nicht auch als Reaktion auf die Katastrophe der NS-Zeit begreift.

Dieser im Grunde naheliegende, aber bisher oft vermiedene Gedanke führt zu einem Perspektivenwechsel und zu unbequemen Einsichten: Wenn man die ältere politik- und institutionengeschichtliche Historiographie zum Nationalsozialismus ansieht – nicht nur, aber eben besonders signifikant für den Bereich der Außenpolitik und des Auswärtigen Amtes –, dann findet man typischerweise Ausführungen, in denen nach der *Rolle* des AA und der Diplomaten im Dritten Reich gefragt wird – so, als ob das Amt und das Regime zwei verschiedene Einheiten gewesen wären. Es ist leicht zu erklären, wie es in den Anfängen der Zeitgeschichtsforschung zu dieser Perspektivenwahl gekommen ist und welche Vorteile sich mit ihr für die damaligen Zeitgenossen verbanden, also für die – in den berühmten Worten von Hans Rothfels¹⁶ – »Mitlebenden« des Dritten Reiches.

Aber mehr als sechs Jahrzehnte nach Kriegsende sollte die Zeit reif sein für einen Ansatz, der weniger mit dem Risiko der Apologie behaftet ist. Dessen Angemessenheit wird auch niemand bestreiten, so lange er sich zum Beispiel auf das Kaiserreich bezieht oder auf die Bundesrepublik. Diesen Ansatz haben wir im vorliegenden Buch auf die NS-Zeit gewendet und zu unserer Ausgangshypothese gemacht. Sie lautet: Das Auswärtige Amt *im* Dritten Reich war das Auswärtige Amt *des* Dritten Reiches. Im Grunde ist das eine Banalität. Aber erst wenn man sie beherzigt, ergibt sich dieses andere, nämlich sehr viel realistischere Narrativ. Es unterstreicht – statt an jeder Ecke Widerstand und Resistenz gegenüber den vermeintlichen Zumutungen eines gleichsam von außen kommenden Regimes zu postulieren –, dass der Regelbefund Mitmachen und Anpassung lautet.

Deshalb setzt »Das Amt« auch ganz bewusst *nicht* mit der sogenannten Machtergreifung ein, denn Hitler berief mit Constantin von Neurath keinen Parteigenossen an die Amtsspitze, sondern beließ dort einen Karrierediplomaten, den Reichspräsident Hindenburg 1932 zum Außenminister des Papen-Kabinetts gemacht hatte. Selbstverständlich erörtern wir auch die Bedeutung dieser personellen und politischen Kontinuitätslinien. Aber eröffnet wird unsere Darstellung mit der Situation nach der Märzwahl 1933, als das Auswärtige Amt zum ersten Mal massiv gefordert war – und als die Diplomatie in gewohnter Professionalität und Zuverlässigkeit den außenpolitischen Flurschaden zu begrenzen suchte, den die neue Regierung mit ihrem Terror gegen politische Gegner und Juden bereits angerichtet hatte.

Mangelt es unserem Buch vor solchem Hintergrund an »Differenzierung«?¹⁷ Missachtet es den internationalen Forschungsstand? In der Tat existieren insbesondere zu den Themen des ersten Teils der Untersuchung eine Reihe wichtiger Bücher. Dazu gehören ältere Arbeiten wie die schon genannten von Christopher Browning und Hans-Jürgen Döschner ebenso wie jüngere etwa von Barbara Lambauer¹⁸ oder Sebastian Weitkamp¹⁹. Aber kein Verweis auf *den* Forschungsstand darf die Möglichkeiten unterschiedlicher Interpretation blockieren. Die Kommission hat die existierende Literatur zur Kenntnis genommen, sie durch eigene Archivforschung ergänzt und ist dann, auf dieser Basis, zu ihrer Synthese gelangt. Es liegt in der Natur einer solchen Zusammenschau, dass sie Akzente setzt. Wo hätte ein Mehr an »Differenzierung«, insbesondere im Sinne der Darlegung individueller Verhaltensweisen, institutionengeschichtlich weiteren analytischen Zugewinn erbracht? Welches Beispiel eines anders denkenden oder anders handelnden Diplomaten könnte zeigen, was mit »Differenzierung« um ihrer selbst willen aufs Ganze gesehen gewonnen wäre?

Es geht in unserem Buch und in der Debatte darüber um zentrale Interpretationsfragen der Geschichte des Nationalsozialismus. Es geht um Fragen institutioneller Verantwortung, institutioneller Kooperation und institutioneller Beteiligung an den NS-Verbrechen. Es geht um Fragen wie die »Entschlussbildung« zum Judenmord. Das sind keine Seitenthemen, sondern Probleme, an denen sich Historiker über mittlerweile viele Jahrzehnte mit immer neuen Thesen und Antithesen, Deutungen und Gegendeutungen abgearbeitet haben. Auch vor diesem historiographischen Hintergrund ist unser Buch kritisiert worden. Hans Mommsen beispielsweise, der »Das Amt« und die Kommission massiv angegriffen hat, ist in den 1970er Jahren mit der These von der »kumulativen Radikalisierung« hervorgetreten, mit der er auch die Dynamik des Übergangs von der Judenverfolgung zum Judenmord zu erklären versuchte.²⁰ Unsere Darstellung widerspricht dieser These nicht, zeigt sich aber rein strukturfunktionalistisch argumentierenden Ansätzen gegenüber skeptisch und sieht in ihnen, in Übereinstimmung mit Historikern wie Yehuda Bauer und Saul Friedländer, die Gefahr der Verharmlosung und des Verzichts auf die Identifizierung sowohl individueller als auch institutioneller Verantwortlichkeiten für die Verbrechen des Regimes.²¹

Eine zielgerichtete Entwicklung von der Entrechtung der Juden seit

1933 zum Genozid haben wir nirgends behauptet, aber zur historischen Analyse gehört es, Kausalitäten und Entwicklungsdynamiken zu identifizieren. Das tut unser Buch mit Blick auf den Weg zum Holocaust. Es fragt nach der Beteiligung des Auswärtigen Amtes an diesem Prozess; danach, ob das Amt als Institution die sich radikalisierte Politik lediglich mitvollzog, ob es sich ihr entgegenstemmte oder ob es sie – im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten – mit vorantrieb. Die Antwort, die unsere Darstellung auf diese Frage gibt, ist eindeutig.

In der Logik der Geschichte einer Institution liegt im Übrigen notwendigerweise die Konzentration auf deren Tätigkeit und deren Personal. »Das Amt« bietet weder eine Geschichte des Holocaust noch eine des Zweiten Weltkriegs, und weder das Buch insgesamt noch einzelne Passagen relativieren in irgendeiner Weise die Bedeutung Hitlers oder der SS. Doch es zeigt, wie letztlich fragwürdig das uns auch von Historikern entgegengehaltene Argument ist, die deutschen Diplomaten hätten zwar seit 1933 an der antisemitischen Politik des Dritten Reiches mitgewirkt, den Holocaust aber nicht gewollt oder gar geplant. Wer so argumentiert, der ignoriert nicht nur jene im Rückblick klar erkennbare Dynamik, die von den ersten antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen des Regimes bis zur systematischen Ermordung von Millionen Menschen reichte, sondern der relativiert auch die Bedeutung gerade der frühen Repressionsmaßnahmen.

An den Debatten über die »Judenfrage« und an dem Bemühen, eine »Lösung«, eine »Gesamtlösung«, eine »Endlösung« herbeizuführen – auch von »Endlösung« war schon die Rede, noch bevor die systematische Ermordung von Juden in Gaskammern begann –, war das Auswärtige Amt nicht nur beteiligt. Vielmehr ergriff es in diesem Zusammenhang immer wieder die Initiative, nicht zuletzt um seinen Zuständigkeitsbereich zu erweitern. Paul Seabury hat in seinem bereits erwähnten frühen Buch eher anekdotisch eine Bemerkung des Beauftragten Ribbentrops bei Hitler überliefert: Walter Hewel zufolge meinte der »Führer«, wenn es nach dem Außenminister gehe, müsse sogar die Reichsbahn unter die Zuständigkeit der Wilhelmstraße fallen, da sie ja auch Fahrkarten verkaufe, die außerhalb der Reichsgrenzen gültig seien.²² In nuce war das tatsächlich die Handlungslogik des Amtes, und sie galt auch für die Judenpolitik. Ein junger Forscher hat dies kürzlich so formuliert: »Je mehr die klassischen Funktionen der Diplomatie eingeengt

wurden, desto stärker wurden die Bemühungen des AA bei der Judenverfolgung.«²³

Eine Woche bevor Hitler am 30. Januar 1939 in seiner berüchtigten »Prophezeiung« den Juden mit »Vernichtung« drohte, hatte der »Judenreferent« des AA, Emil Schumburg, allen deutschen Missionen ein Memorandum geschickt, in dem er von den Juden als »Krankheit des Volkskörpers« und von der »Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage« sprach. Der Diplomat glaubte zu wissen: »Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht die Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.« Im Ausland eine »antisemitische Welle zu fördern, muss eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein«. Das werde eine »internationale Lösung der Judenfrage« ermöglichen.²⁴ Solche Überlegungen hatten nicht schon die fabrikmäßige Ermordung der Juden im Blick, zu der es später kam. Aber sie zogen Deportationen und Ghettoisierung ins Kalkül – und allein damit eine große Zahl von Todesopfern. Der nächste »Judenreferent« des AA, Franz Rademacher, kam im Juni 1940 sogar Heydrich mit der Idee zuvor, die Judenfrage in Europa durch eine totale Deportation nach Madagaskar lösen zu wollen – wohl wissend, dass dies viele Menschenleben kosten würde. Vor diesem Hintergrund bat Heydrich Ribbentrop bereits am 24. Juni 1940 zu Besprechungen, »die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen«.²⁵

Spätestens seit den wichtigen Arbeiten von Christian Gerlach, Peter Klein und Peter Witte²⁶ ist die zentrale Bedeutung der Septembermitte 1941 für die Radikalisierung und Dynamisierung der »Lösung der Judenfrage« klar. Wir wissen, dass der Entscheidung Hitlers vom 17. September 1941 zur Deportation der deutschen Juden unter anderem eine Besprechung mit Otto Abetz, dem Botschafter in Paris, und mit Ribbentrop vorausging. Auch ein Treffen Ribbentrops mit Himmler fand am 17. September 1941 statt. In welche Richtung Abetz' Vorstellungen bei seinem Treffen mit Hitler am 16. September 1941 gingen, können wir den Aufzeichnungen seines Pariser »Judenreferenten« Carltheo Zeitschel entnehmen, die dieser dem Botschafter vor dessen Treffen »beim Reichsminister und beim Führer« vorlegte. Als Reaktion auf »Germany Must Perish«, das Buch eines amerikanischen Juden, das die Deutsche Botschaft in Washington bei seinem Erscheinen 1940 prompt Goebbels zugeschickt hatte, schlug Zeitschel vor, »die Sterilisation sämtlicher sich in

den besetzten Gebieten aufhaltenden Juden« vorzunehmen, so dass sie »über 33 v.H. ihrer Misboche [sic] durch diese Maßnahmen verlieren.«²⁷ Zeitschel war ein Beamter des AA, nicht des Reichssicherheitshauptamts.

Auch ohne dass Protokolle dieser Unterredungen überliefert wären, zeigt die Sequenz der Ereignisse eindeutig, worum es ging und wie die Entscheidungsfindung verlief: unter wesentlicher Beteiligung des Auswärtigen Amtes. Dass seit dem 17. September 1941 das Ende des deutschen Judentums besiegelt war, ist offenkundig. Jeder, der an dieser Entscheidung irgendwie Anteil hatte – auch die Spitze des AA –, wusste zu diesem Zeitpunkt bereits von den Massenmorden der Einsatzgruppen. Es war vorauszusehen, dass die Mehrzahl der deportierten Juden sehr wahrscheinlich zu Tode kommen würde, auch wenn noch keine Entscheidung über die totale Vernichtung der Juden vorlag. Und die Deportationen waren nicht weniger verbrecherisch als die später praktizierte Massenvernichtung. Von Hans Mommsen stammt die Feststellung: »Der Holocaust war längst im Gang, bevor er zum förmlichen Programm des Regimes geworden war.«²⁸ »Mord lag in der Luft«, schreibt Christopher Browning über die Tage im Spätsommer 1941,²⁹ und Ian Kershaw wählt eine ähnliche Formulierung.³⁰

Hat unser Buch, wie manche Kritiker behaupten, den Widerstand marginalisiert, der aus dem Auswärtigen Amt heraus geleistet wurde? Wir glauben, ihn in proportional angemessener Weise dargestellt zu haben. Das Auswärtige Amt hatte 1943 etwa 6.500 Mitarbeiter. Die aktiven Widerstandskämpfer darunter lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Dass Adam von Trott zu Solz, von der Gestapo verhört, anderes behauptete, kann ebenso wenig überraschen wie die Tagebucheinträge von Joseph Goebbels oder die Äußerungen des Chefs der NSDAP-Auslandsorganisation Ernst Bohle. Wenn Trott in seinen Verhören das Auswärtige Amt als eine Stätte der Opposition bezeichnete, dann wollte er damit zum einen vermeiden, seine wenigen Mitverschwörer im AA namentlich zu benennen. Und zum anderen wollte er, statt als isolierter »Verräter« dazustehen, deutlich machen, dass seine Positionen weithin geteilt würden. Ernst Bohle wiederum tat bis in die letzten Monate des Krieges alles, um den diplomatischen Dienst zugunsten der von ihm geleiteten Auslandsorganisation zu diskreditieren. Seine Äußerungen stammen überdies (ebenso wie Goebbels' Notizen) aus der zweiten Jahreshälfte 1944, als die Repräsentanten der verschiedenen Institutionen

begannen, sich die Schuld für die absehbare Kriegsniederlage gegenseitig in die Schuhe zu schieben – die Zeit der Dolchstoßlegenden des untergehenden Reiches.

III.

Die Debatte über unser Buch geht indes in ihren engeren wissenschaftlichen und historiographischen Bezügen nicht auf. »Das Amt« beschäftigt sich mit Kernfragen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Mit der Auseinandersetzung über das Auswärtige Amt und seine Geschichte befinden wir uns in der zentralen Selbstverständigungsdebatte über den Nationalsozialismus, die über die Jahrzehnte hinweg zu einem bestimmenden Element der deutschen politischen Kultur geworden ist und auch im beginnenden 21. Jahrhundert ein entscheidender Referenzhorizont bleibt.

»Das Amt« hat ein Geschichtsbild entkräftet, das zwar in der Wissenschaft längst keinen Bestand mehr hatte, das aber in der Öffentlichkeit weiter wirkte und das nicht zuletzt zum Selbstbild deutscher Diplomaten vor allem einer älteren Generation gehörte. Doch nach mehr als einem Jahr der Kontroverse verfestigt sich der Eindruck, dass das, was die Empörung unserer Kritiker ausgelöst hat, letztlich vielleicht gar nicht so sehr unsere Schilderung der Mitwirkung des Amtes am Holocaust und die endgültige Dekonstruktion des überkommenen Mythos vom »Hort des Widerstands« gewesen sind. Der wahre Stein des Anstoßes lag und liegt wohl viel mehr darin, dass unser Buch, weil es im Frühjahr 1945 nicht endet, die Bemühungen und Mechanismen offen legt, mit denen sich die deutsche außenpolitische Elite nach dem Krieg ihrer Mitverantwortung für die verbrecherische Politik des Regimes zu entziehen versuchte und sich tatsächlich größtenteils zu entziehen verstand.

Man sollte glauben, die Deutschen hätten in den letzten Jahren einen nüchterneren Blick gewonnen auf die vergangenheitspolitischen Entwicklungen und Probleme der Nachkriegsjahrzehnte. Aber die Dinge liegen wohl komplizierter. Nicht wenige haben sich offensichtlich mit einer funktionalen Erklärungsformel gut eingerichtet, der zufolge die Verdrängung der Vergangenheit und – in ihrem Zentrum – die Integration von NS-Belasteten zwar moralisch problematisch gewesen seien, jedoch zur Stabilisierung und Konsolidierung der Bundesrepublik und damit zu ihrem langfristigen Erfolg beigetragen hätten.

Diese glatte Formel bot Raum für weitergehende Deutungen. So nahmen sich vor diesem erfolgsgeschichtlichen Hintergrund die Nachkriegsbiographien von Diplomaten wie Werner von Barga, Otto Bräutigam, Werner Junker, Franz Krapf, Herbert Müller oder Franz Nüßlein, um nur diese Namen zu nennen, viel gewichtiger und bedeutender aus als ihre Karrieren und ihre Taten vor 1945. In der Debatte über unser Buch wurde verschiedentlich auf die großen Verdienste hingewiesen, die sich belastete Diplomaten wie der frühere SS-Untersturmführer Krapf um die Bundesrepublik Deutschland erworben hätten. Leserbrief um Leserbrief in der FAZ verkündete diese Botschaft, und zum Beweis sandte man der Kommission beispielsweise die Ansprache zu, die Hans-Dietrich Genscher 2004 bei der Trauerfeier für Krapf gehalten hatte.³¹

Man mag die persönliche Verdrängungsleistung der solchermaßen Integrierten noch verstehen. Erstaunlich aber war doch die Vehemenz, mit der in den zurückliegenden Monaten etliche jener jüngeren Amtspensionäre reagierten, die unter Vorgesetzten und älteren Kollegen mit solchen Zweitkarrieren herangewachsen waren. Über dem Erfolg deren »zweiten Lebens« erschienen die Schuld oder das Versagen im ersten nicht mehr der Rede wert. Am Ende glaubten viele wohl gar, dieses »erste Leben« aus der Erinnerung und aus den Geschichtsbüchern getilgt zu haben. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, und auch das erklärt die massiven Reaktionen mancher »Mumien« und ihrer publizistischen Advokaten.

Historiker begegnen solchen gebrochenen Biographien immer wieder und in ganz unterschiedlichen zeitlichen Kontexten. Im Blick auf die Geschichte der DDR und die vielen ostdeutschen Biographien, die 1990 nicht einfach endeten, begegnen sie uns auch als politisches, gesellschaftliches und kulturelles Problem der Gegenwart. »Versöhnung« lautet ein Imperativ, der in diesem Zusammenhang immer wieder zu vernehmen ist.³²

So hat Daniel Koerfer unserem Buch den Vorwurf gemacht, es diene nicht der Versöhnung, sondern sei »ein Buch der Rache«. ³³ Koerfer, selbst Enkel eines ehemaligen Diplomaten und Patensohn Hellmut Beckers, des Weizsäcker-Verteidigers aus dem Wilhelmstraßen-Prozess, fordert Gerechtigkeit für die ältere Generation. Unser Buch zeige zu wenig Einfühlungsvermögen in die damalige Lage der Beamten. Es habe Zwänge gegeben, berufliche Laufbahnen, Familien, die versorgt sein

wollten. Es mangle unserem Buch, so wird man diesen Vorwurf wohl deuten müssen, an Verständnis für die Täter, die Mittäter und ihr Umfeld. Auch Bernhard Schlink, Rechtswissenschaftler und Autor des Bestsellers »Der Vorleser«, hat an unserem Buch den angeblichen Duktus der moralischen Empörung scharf kritisiert und der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft insgesamt eine »Kultur des Denunziatorischen« vorgeworfen.³⁴ Historiker legten die falschen, weil gegenwärtigen und aus der Gegenwart gewonnenen Maßstäbe an das Verhalten von Menschen in der Vergangenheit an, statt sie und ihr Handeln vor dem Horizont ihrer Zeit zu sehen und zu bewerten.

Angesichts solcher Positionen fühlt man sich an Rechtfertigungsstrategien aus den fünfziger Jahren erinnert. Derartige Töne habe man in Deutschland schon lange nicht mehr gehört, kommentierte denn auch Ulrich Herbert diese Kritik und wies darauf hin, dass so oder ähnlich nach 1945 alle großen und kleinen NS-Funktionäre argumentiert hätten: »Ihr wisst ja gar nicht, unter welchen Zwängen wir standen!« In der Konsequenz, so Herbert, »gibt es dann gar keine Verantwortung mehr, sondern nur noch in unterschiedlich starkem Maße Getriebene, letztlich: Opfer«.³⁵

Vorwürfe wie die von Koerfer und Schlink sind in der öffentlichen Auseinandersetzung mit einer kritischen Geschichtsschreibung zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, ja insgesamt der traditionellen deutschen Eliten, nicht neu. Als Hans-Jürgen Döscher 1987 seine erste Studie zum Auswärtigen Amt in der Zeit des Nationalsozialismus vorlegte, da war seine Forschungsarbeit nicht nur vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes systematisch behindert worden. In Marion Gräfin Dönhoffs *Zeit* verrissen Carl Friedrich von Weizsäcker und Theodor Eschenburg das Werk. Der Physiker Weizsäcker, Sohn des in Nürnberg verurteilten Staatssekretärs, beklagte die »Selbstgerechtigkeit« der Historiker.³⁶ Eschenburg, der einflussreiche Wissenschaftler und Publizist, hielt Döscher in der *Zeit* vor, nur mit Aktenmaterial gearbeitet zu haben, nicht aber das »Ambiente« einer totalitären Diktatur berücksichtigt zu haben. Deshalb sei ihm Wesentliches entgangen.³⁷ Allein Rudolf Augstein würdigte Döschers Werk in einer großen Besprechung im *Spiegel*.³⁸

Nur schwer scheint sich, jedenfalls in einer breiteren Öffentlichkeit, die Erkenntnis durchzusetzen, dass das freiheitlich-demokratische System der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich von Eliten aufgebaut

wurde, die sich erst langsam – und vielfach nur aufgrund äußeren Drucks – von autoritären Denkmustern, nationalistischen Überzeugungen und antisemitischen Grundeinstellungen zu lösen vermochten. Vor diesem Hintergrund bezeichnet die Frage, wie es eigentlich gelingen konnte, dass mit der Bundesrepublik seit 1949 ein sich rasch stabilisierendes und später auch nach innen liberalisierendes Staatswesen entstand, obgleich doch ein großer Teil des für diesen Neuanfang zur Verfügung stehenden Personals politisch massiv belastet war, wohl eines der wichtigsten Forschungsfelder in der deutschen Nachkriegsgeschichte.³⁹

Die inzwischen in Gang gesetzten Forschungsvorhaben zur Geschichte des Bundesfinanzministeriums und der Finanzverwaltung des Bundes, des Bundesjustizministeriums, des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes – andere werden vermutlich noch hinzu kommen – unterstreichen, dass die vom Auswärtigen Amt veranlasste Erforschung seiner Geschichte in mancher Hinsicht nur ein Anfang war. So wie die Einzelforschung über das Auswärtige Amt nun weitergehen wird, so hat die Arbeit unserer Kommission wohl auch das Interesse an diesen weiteren Untersuchungen bestärkt. Und wie es scheint, liegt in der gewachsenen gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für historische Aufklärung über die Geschichte unserer politischen Institutionen auch ein Teil der Erklärung für die vehemente öffentliche Reaktion auf unser Buch.

IV.

Warum, so möchte man fragen, erleben wir seit den neunziger Jahren eine derart intensive Diskussion der NS-Vergangenheit und ihrer Wirkungen in die Nachkriegsgeschichte hinein? Man denke – lange vor unserem Buch – an die Debatte über die Zwangsarbeiterentschädigung und, in Verbindung damit, die Rolle deutscher Unternehmen im Dritten Reich; man denke an die heftige Auseinandersetzung um Daniel Goldhagen und seine Thesen, aber auch an die Walser-Bubis-Debatte und vor allem an die Wehrmachtsausstellung und die Konflikte in ihrem Umfeld. Warum werden Themen der NS-Vergangenheit, weit über die Kontroversen der Historiker hinaus, breit und mit großem Echo in der Öffentlichkeit debattiert? Die Antworten auf diese Fragen liegen auf mehreren Ebenen.

Erstens hat die historische Forschung zum Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren einen enormen Aufschwung erfahren. Mit einer

ganzen Reihe von Büchern deutscher und ausländischer Wissenschaftler ist seit etwa 1990 die sogenannte Täterforschung in Gang gekommen, die einerseits nach der Beteiligung gesellschaftlicher Eliten (»Vordenker der Vernichtung«⁴⁰), andererseits nach dem Anteil »ganz normaler Männer«⁴¹ an den Massenverbrechen des NS-Regimes fragt.⁴² Es geht in diesen Arbeiten nicht mehr nur um Strukturen und Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Verbrechen, sondern um das Handeln von Individuen und Gruppen, um dessen Motive und Ausformungen. Nicht nur einige wenige »Spitzentäter« rückten damit in den Blick, sondern breite Gruppen von Mittätern, Mitwissern und Mitläufern, aber auch von Profiteuren und Nutznießern des Regimes und seiner Verbrechen. Vor diesem Hintergrund hat auch die »Volksgemeinschaft« als erfahrungsgeschichtliche Kategorie an Bedeutung gewonnen, weil sie uns hilft, die Loyalitätsbedingungen und Bindungskräfte des Regimes in den Blick zu nehmen.⁴³ Die großen Debatten der letzten zwei Jahrzehnte lassen sich unmittelbar auf diese Forschungsentwicklung beziehen.

Seit 1990 gab es, zweitens, wieder einen deutschen Nationalstaat. Schon im Begriff der »Wiedervereinigung« deutete sich der politische Rückbezug auf den 1945 untergegangenen deutschen Nationalstaat an. Im Blick auf das Deutsche Reich ergab sich eine neue Dimension der Erinnerung an die deutsche Nationalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, und damit auch an die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust. In der »alten« Bundesrepublik war spätestens in den achtziger Jahren die kompromisslose Abgrenzung vom Nationalsozialismus und seinen Massenverbrechen zum entscheidenden Bestandteil bundesrepublikanischer Identität geworden. Mit der Wiedervereinigung aber gab es nun rund 17 Millionen neue Bundesbürger, denen in der DDR zwar von Staats wegen der Antifaschismus verordnet worden war, die aber eine mit der westdeutschen vergleichbare politische, gesellschaftliche und kulturelle Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht erlebt hatten. So gab es 1990 kaum eine Basis, auf der eine gemeinsame Fortschreibung der Erinnerung an die NS-Zeit hätte erfolgen können. Vor diesem Hintergrund lag die besondere Intensität der erinnerungs- und geschichtspolitischen Debatten seit 1990 auch darin begründet, dass sie zur allmählichen Herausbildung einer nationalen Erinnerungskultur beitrugen.